

Bezirkstag Pfalz



Infobrief

Rundbrief Nr. 4/ Juli 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr Informationen zur aktuellen politischen Arbeit im Bezirkstag sowie meine Pressemitteilungen seit Mai 2015. Weitere Informationen auf www.die-linke-bezirkstagpfalz.de.

Positionspapier des Bezirkstags zum Pfälzerwald

In seiner Sitzung am 19. Juni 2015 hat der Bezirkstag ein Positionspapier zum Naturpark Pfälzerwald verabschiedet. Trotz vieler guter Ansätze und wichtiger Fragestellungen konnte ich dem Papier nicht zustimmen, weil viele kritische Punkte gegenüber der Landesregierung nicht deutlich genug formuliert waren. Lest dazu meine Rede im Anschluss. Immerhin konnte ich mit meiner Rede eine wichtige Korrektur anbringen: Auf meine Anregung hin, wurde eine unsägliche Passage, die den gesetzlichen Mindestlohn als eine hauptverantwortliche Ursache für schwierige Situation der Pfälzerwaldhütten darstellte, aus dem Positionspapier gestrichen.

Rede zum Positionspapier des Bezirkstages zum Naturpark Pfälzerwald

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder, sehr geehrte Damen und Herren,

das vorliegende Positionspapier reißt zweifellos wichtige Themen an. Recht deutliche Worte fallen im Zusammenhang mit der personellen und finanziellen Minderausstattung durch das Land.

Doch schon die Formulierung „erhofft sich der Bezirksverband wesentliche Verbesserungen“ steht im krassen Kontrast zu den einleitend dargelegten hohen Zielen.

Da ist die Rede von Leitvisionen für die nächsten 10 Jahre, von einer Entwicklung des Biosphärenreservates zu einer ökologischen Modellregion, doch die Umsetzung des höchst anspruchsvollen Aufgabenkomplexes scheidet meiner Ansicht nach schon an den Rahmenbedingungen. Deswegen sollte nicht gehofft, sondern gefordert werden, dem Beispiel des MAB Nationalkomitees folgend: Es muss nicht nur eine Offensive des Landes geben, sondern auch eine Offensive des Bezirksverbandes gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz!

Denn wollte man den in der Landesverordnung ausgewiesenen Schutzzweck des Naturparks Pfälzerwald nur in einigen Punkten vollkommen ernst nehmen, wären weitaus umfangreichere und aufwendigere Schritte notwendig. Würde man nur einen der in § 4 genannten Schutzzwecke tatsächlich konkret umsetzen wollen, wäre vor allem ein Vielfaches der bereit gestellten Finanzmittel notwendig.

Ich weiß nicht, welche Vorstellungen die Landesregierung bzw. der Bezirksverband beispielsweise mit der Aussage der Landesverordnung verknüpft, besonderer Schutzzweck sei die „Vielfalt an Lebensräumen, Tieren und Pflanzen auf Dauer zu schützen.“ So wie die Verordnung in diesem Punkt formuliert ist, ist dies ein universeller und in keinerlei Hinsicht relativierter Schutzauftrag, dessen Koordinierung und Durchführung dem Bezirksverband in § 6 übertragen wurde. Dieser universelle Schutzzweck ist natürlich richtig, notwendig und erstrebenswert. Doch wer sollte und könnte diese universellen Schutzmaßnahmen von welchem Geld bezahlen? Und damit kommen wir zum politischen Kern der Sache: Wohlfeile Absichtserklärungen sind das Eine, die praktische Umsetzung das andere. Die im Doppelhaushalt 2014/15 des Landes veranschlagten rund 15 Millionen Euro für zentrale Naturschutzmaßnahmen sind angesichts der überwältigenden Vielzahl von notwendigen Naturschutzmaßnahmen einfach nur lächerlich gering.

Wie heißt es so schön in der Schlussbemerkung des Positionspapiers: „Was wir im Biosphärenreservat investieren, trägt vielgestaltige Früchte.“ Aus diesem Grund sollte die Forderung nach einem eigenen Haushaltstitel im rheinland-pfälzischen Landeshaushalt mit größtem Nachdruck gestellt werden.

Sehr geehrter Herr Wieder, sehr geehrte Damen und Herren,

von der Realisierung dieser Forderung sind wir allerdings angesichts der Schuldensituation im Land und der verschärfenden Wirkung der Schuldenbremse weit entfernt, weshalb ich die Voraussage wagen möchte, dass der Etat des Landes für Natur- und Umweltschutzmaßnahmen weiter reduziert statt erhöht werden wird. Von einer Finanzausstattung wie z.B. in Frankreich können wir leider nur träumen.

Worüber reden wir also wirklich? Wir reden über die Ausgestaltung einer Aufgabe, die unter den gegebenen Voraussetzungen und mit den darin formulierten Ansprüchen nahezu unlösbar ist, weil sie an der Finanzierung scheitert. Man könnte in dem Zusammenhang auch von politischer Augenwischerei sprechen! Man macht den Menschen vor, für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung einzutreten, Natur und Umwelt schützen zu wollen und damit zum Erhalt unserer natürlichen Lebensbedingungen beizutragen.

Unter dieser Prämisse will ich einige der genannten Aufgabenstellungen im Positionspapier exemplarisch beleuchten.

Aufgabenstellung Hüttenwesen:

Beim Thema Hüttenwesen muss ganz deutlich gesagt werden: Nicht der gesetzliche Mindestlohn ist das Hauptproblem. (Dieser hatte bereits vor dem „Mindestlohngipfel“ zu viele Ausnahmen und ist löcherig wie ein Schweizerkäse. Nun kommen die Ausnahmen bei der Entlohnung der Beschäftigten im Hüttenwesen dazu.) Medial lenkte dieses Thema von den eigentlichen Problemen des Hüttenwesens ab. Dort hat sich in Jahrzehnten ein noch nicht bezifferter Sanierungsstau auch ohne Mindestlohnkosten aufgetürmt, der erst einmal genau festzustellen und zu benennen wäre.

Deshalb, sehr geehrter Herr Vorsitzender: Streichen Sie die Passage zum Mindestlohn. Massiv gefährdet ist der Betrieb der Hütten nicht durch den gesetzlichen Mindestlohn, sondern dadurch, dass es kein durchfinanziertes Sanierungskonzept gibt und sich jahrelang niemand um die Probleme der Trägervereine gekümmert hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Aufgabenstellung Erweiterung der Kernzonen:

Realitätsfern ist die Aussage, man möge der Erweiterung der Kernzonen auf 3 Prozent „zeitnah“ nachkommen. Diese Forderung wird seit 2004 erhoben, nicht nur vom MAB, sondern auch von den Naturschutzverbänden. Seither wird fleißig evaluiert. Der Pfälzerwald, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht aber für die Bewahrung seiner einzigartigen Beschaffenheit keine jahrzehntelange Evaluation, sondern klare gesetzliche Vorgaben, die tatsächlich zeitnahes Handeln ermöglichen.

Aufgabenstellung Offenhaltung

Das eingangs beschriebene grundsätzliche Finanzierungsproblem wird besonders offensichtlich bei der Offenhaltung von Brachflächen und der Pflege von Biotopen. Für einige wenige Projekte wurde die Hälfte des Gesamtetats, 110000 €, also 110€ pro Quadratmeter, aufgebraucht. Im Positionspapier beträgt die geforderte Summe 150 Euro pro Hektar Naturpark. Auch hier wird überdeutlich: Das Projekt Naturpark krankt an der mangelnden Finanzierung.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

auch zu den weiteren „Aufgabenstellungen“ im Positionspapier könnte ich mit kritischen Anmerkungen fortfahren.

Doch wichtiger erscheint mir der Hinweis auf die Unvollständigkeit der Aufgabenstellungen. Wieso wird z.B. die zunehmende Fragmentierung durch den besonders in der Westpfalz forcierten B10-Ausbau nicht thematisiert?

Wieso wird, wenn die Gewinnung von regenerativer Energie durch Windkraftanlagen im Biosphärenreservat nun gekancelt ist, diesem Punkt eine halbe Seite im Positionspapier gewidmet? Nur um darzulegen, dass Frau Dr. Paulus vom MAB-Nationalkomitee durch ihre Äußerungen eine Änderungen in der Landesgesetzgebung herbeiführen könnte? Und die nachhaltige Nutzung anderer erneuerbarer Energien wird mit keiner Silbe erwähnt? Gerade hier könnte der MAB-Leitgedanke in vorbildlicher Weise umgesetzt werden!

Wieso wird, wenn Bildung nachhaltiger Entwicklung verstärkt „in den Blickgenommen wird“, dieser Blick nicht ausgeweitet auf Umweltforschung?

Wieso wird, wenn es sich beim Biosphärenreservat um das größte zusammenhängende Waldgebiet Westeuropas handelt, die Wertschöpfung durch Holz nicht in Erwägung gezogen?

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder, sehr geehrte Damen und Herren,

das vorliegende Positionspapier ist an vielen Stellen zu unkonkret, nicht ausgereift und geht die Grundsatzproblematik nicht offensiv genug an.

Insofern ist das Papier nicht geeignet, die anhaltende Nichterfüllung der Landesverordnung zum Naturpark Pfälzerwald, insbesondere den darin zum Ausdruck gebrachten universellen Schutzauftrag, zu beseitigen. Es sollte als Entwurf betrachtet und weiter bearbeitet werden. Ich kann deshalb der jetzt vorliegenden Ausarbeitung keine Zustimmung erteilen.

Brigitte Freihold, DIE LINKE Im Bezirkstag

Pressemitteilungen

Pressemitteilung 25. Juni 2015

„Power to Gas“-Anlage in Pirmasens ist Vorzeigeprojekt

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Wichtiger, wenn auch bisher nur bescheidener Beitrag zur Energiewende

Mit Unterstützung der Landesregierung ist unter der Regie des Prüf- und Forschungsinstituts (PFI) in Pirmasens eine Pilotanlage zur Produktion von Erdgas aus Windkraft, anderen erneuerbaren Energien und Kohlendioxid in Betrieb genommen worden. Die sogenannte „Power to Gas“-Anlage ist im Energiepark Winzeln angesiedelt und soll Biomethan in Erdgasqualität synthetisieren und in das Gasnetz der Stadtwerke einspeisen.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Zweifelloos ging mit der Biogasanlage im Energiepark Pirmasens-Winzeln ein hoch innovatives Projekt auf höchstem technischen Niveau an den Start. Die vom PFI entwickelte Technik dürfte in dieser Form einmalig sein und zeigt einen Weg auf, „überschüssige“ Windenergie in andere Energieträger zu transformieren. Damit wurde ein wichtiger, wenn auch bisher nur bescheidener Beitrag zur Lösung der Speicherproblematik geleistet, die als eines der größten Hemmnisse bei der Umsetzung der Energiewende gilt. Der Bezirksverband Pfalz als Träger der Energieplattform Pfalzenergie sollte den Bau und die Vermarktung solcher biotechnologischen Anlagen daher dringend unterstützen und befördern. Als wünschenswerter Nebeneffekt würde dies auch zu einer Profilierung der Pfalzenergie als logistischer Dachverband der angeschlossenen kommunalen Energieversorger führen. Darüber hinaus könnten „Power to Gas“-Anlagen wie die in Pirmasens Fracking zur Gewinnung von Schiefergas endgültig überflüssig machen. Nach Medienberichten soll es im Nordpfälzer Bergland solche Schiefergasvorkommen geben.

Dennoch wäre es euphemistisch zu glauben, die Pirmasenser Pilotanlage sei schon das Patentrezept für die Umstellung auf erneuerbare Energien und das Erreichen der selbstgesteckten Klimaziele. Wenn Ministerin Lemke den Eindruck erweckt, die Elektrolyse sei die Lösung des Speicherproblems, sollte sie auch beispielsweise die Fragen beantworten, wo sie all die Flüssiggastanks unterbringen will und wer sie finanzieren soll. Bei nüchterner Betrachtung spielen die Gewinnung von Biogas und ähnliche Technologien bei der Umsetzung der Energiewende kaum eine Rolle. Der Erdgasverbrauch ist nicht nur in Pirmasens, sondern bundesweit dramatisch eingebrochen – nicht zuletzt durch massive Preissteigerungen für die Endverbraucher in den vergangenen Jahren. Die Speicherung von Windenergie in Erdgas ist deshalb mangels Abnehmer nur ein bescheidener Beitrag zur Energiewende, zumal sich das so produzierte Gas erst einmal am Markt behaupten muss. Zentraler Baustein für eine Energiewende und die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien ist und bleibt daher der konsequente Ausbau der Windkraftnutzung. Davor sollte man die Augen nicht verschließen und so tun, mit der Produktion von Biogas sei die Energiewende zu stemmen.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Masterplan für Hüttenwesen in der Pfalz notwendig

DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Land muss Mittel bereitstellen – Energetische Sanierung berücksichtigen

Der Vorstoß des Bezirkstagsvorsitzenden Theo Wieder, eine Bestandsaufnahme notwendiger Sanierungsmaßnahmen von Hütten im Naturpark Pfälzerwald zu veranlassen, ist grundsätzlich zu begrüßen, greift aber zu kurz.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Offensichtlich wurde es seit Jahrzehnten versäumt, die Hütten und Ausflugsstätten in der Pfalz einer regelmäßigen Bestandsaufnahme im Hinblick auf notwendige Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu unterziehen. Das Ergebnis ist ein enormer Renovierungsstau. Die Trägervereine und Betreiber sind nicht in der Lage, die Kosten für die Erreichung von gesetzlich vorgeschriebenen Standards und Auflagen in Millionenhöhe alleine zu stemmen. Theo Wieders Initiative, nun eine Bestandsaufnahme zu machen und eine Steuerungsfunktion zu übernehmen, ist zwar im Kern richtig, greift aber in seiner Beschränkung auf den Naturpark Pfälzerwald deutlich zu kurz. Die Problemstellungen sind viel umfangreicher und umfassender als von Theo Wieder dargestellt: In Anbetracht der Wichtigkeit der Pfalz für den rheinland-pfälzischen Tourismus ist eine flächendeckende Sanierung des Hüttenwesens unumgänglich. Dafür ist ein Masterplan der Landesregierung mit entsprechender finanzieller Ausstattung unbedingt notwendig. Dies überschreitet bei weitem die Möglichkeiten des Bezirksverbandes und seiner Trägerschaft für den Naturpark. Zudem wäre die „Insellösung“ auch nicht vertretbar und ungerecht gegenüber den Hüttenbetreibern außerhalb des Naturparks, wenn sie bei der Bewältigung der gleichen Probleme alleine gelassen werden.“

Darüber hinaus hätte es dem Bezirkstagsvorsitzenden in Hinblick auf den Schutzzweck des Biosphärenreservats besser zu Gesicht gestanden, wenn in seiner Aufzählung der Steuerungsfunktionen neben Brandschutz, Hygiene und Baurecht auch die energetische Sanierung und der umweltgerechte Einsatz von erneuerbaren Energien Erwähnung gefunden hätten. Im speziellen Fall des Schweizerhauses führt die angedachte Stromversorgung durch einen Gasgenerator offensichtlich dazu, dass nach Brandschutzverordnung zusätzlich ein Löschwassertank eingerichtet werden muss. Ein aberwitziges Vorhaben, das sich weder wirtschaftlich, noch unter Naturschutzaspekten realisieren lässt. Augenscheinlich ist der Widerstand im Pfälzerwaldverein gegen die Nutzung von Solar- und Windkraftanlagen so groß, dass man auf wesentlich günstigere und förderfähige Energieformen lieber verzichten will.

Für ein sinnvolles und tragfähiges Energieversorgungskonzept für das Hüttenwesen in der Pfalz sind aber gerade Dachsolaranlagen oder Klein-Windanlagen, die für wenige Tausend Euro heute schon Einfamilienhäuser komplett mit Strom versorgen können, die kostengünstigere und umweltschonendere Alternative zu Gasgeneratoren – zumindest dort, wo dafür die Voraussetzungen bestehen. Konzepte für die Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung der Hütten sollten daher nicht von Vereinsvorständen in teuren Einzelaktionen, sondern innerhalb eines Gesamtkonzeptes von fachkundigen Architektur- und Ingenieurbüros entwickelt werden. Damit sind Ortsgruppen und ehrenamtliche Vorstände deutlich überfordert. Deshalb ist auch in diesem Fall die Landesregierung am Zug und darf die dringend notwendige Modernisierung des Hüttenwesens nicht dem Zufall, der Spendenbereitschaft von Vereinsmitgliedern oder ehrenamtlich Tätigen überlassen“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Kommunal- und Verwaltungsreform aus einem Guss

DIE LINKE im Bezirkstag: Widerstand gegen Zwangsfusionen wächst – Schlechtes Zeugnis für gescheiterte Bürgerbeteiligung

Was als große Kommunalreform und als Beispiel gelebter Demokratie und Bürgerbeteiligung geplant war, beschäftigt nun die Gerichte und den Verfassungsgerichtshof. Landesweit klagen sieben Gebietskörperschaften gegen die Zwangsfusion ihrer Gemeinden, drei davon in der Pfalz.

Dazu erklärt Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: „Der Widerstand gegen die Zwangsfusion von Verbandsgemeinden in der Pfalz wächst. Man kann den Neuzuschnitt von Kommunalgebieten und Verwaltungseinheiten nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen. Die Landesregierung hat die Einbeziehung möglichst vieler betroffener Einwohnerinnen und Einwohner in einen echten, mitbestimmten Entscheidungsprozess zwar lautstark angekündigt, dann aber aus Angst vor unerwünschtem Bürgerwillen doch verhindert. Die anfänglich mitwirkungsbereiten Bürgerinnen und Bürgern haben sich daraufhin immer mehr zurückgezogen und die notwendige Akzeptanz ist nicht zustande gekommen. Dass sich nun Gerichte und der Verfassungsgerichtshof mit den von der Landesregierung instinktlos durchgezogenen Zwangsfusionen beschäftigen müssen, ist ein Armutszeugnis für eine Landesregierung, die sich Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie auf die Fahnen geschrieben hat. Hinzu kommt, dass die geplanten Neuzuschnitte und Fusionen überwiegend an den Interessen der Wirtschaft und an neoliberalen Einsparideen der Landesregierung orientiert waren und dabei die „auf dem Land“ besonders wichtigen kulturellen, kommunikativen, und sozialen Zusammenhänge ignoriert worden sind.

DIE LINKE hält daran fest, dass kommunale Gebietsveränderungen stets im Rahmen eines Gesamtkonzeptes und unter intensiver Einbeziehung aller betroffenen Gebietskörperschaften und Bewohner zu diskutieren sind. Es darf keine vorherige Festlegung der Ergebnisse geben. Eine für möglichst viele akzeptable kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform muss in Grundzügen und Details für die Betroffenen transparent und akzeptabel sein und aus einem Guss erfolgen. Neue Kreis- und Verbandsgemeindengrenzen ändern nichts an der chronischen Finanznot unserer Kommunen. Die Notwendigkeit veränderter Gebietszuschnitte bemisst DIE LINKE allein daran, ob die davon unmittelbar Betroffenen darin eine Stärkung ihrer bürgerschaftlichen Mitentscheidungsmöglichkeiten erkennen können.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE.
im Bezirkstag Pfalz